

Parlamentarischer Abend Oberfranken

Sonntag, 14.06.2015 um 18:05 Uhr

Hermann's Romantik Posthotel

Marktplatz 11, 95339 Wirsberg

Grußwort

Bertram Brossardt

Hauptgeschäftsführer

vbw – Vereinigung des Bayerischen Wirtschaft e. V.

bayme – Bayerischer Unternehmensverband Metall und Elektro e. V.

vbm – Verband der Bayerischen Metall- und Elektro-Industrie e. V.

Es gilt das gesprochene Wort.

Anrede,

ein herzliches Willkommen Ihnen allen!

11 mal Parlamentarischer Abend in Oberfranken:
Das entspricht dem Selbstbewusstsein der
Region.

Das entspricht aber auch unserem
Selbstverständnis als Verbände, nämlich

- die Interessen unserer Mitglieder regional
wie überregional zu vertreten und
- unser Know-how und unser Netzwerk in die
politische und gesellschaftliche Diskussion
einzubringen.

Ich freue mich auf den Austausch mit Ihnen.

Wie ist die Lage?

Gut. Man könnte auch sagen: Besser, als es
mancher der Region Oberfranken zugetraut hätte.

Nehmen wir die Entwicklung der
Arbeitslosenzahlen:

Wer hätte noch vor 15 Jahren geglaubt, dass wir in Oberfranken eine Arbeitslosenquote von aktuell 3,9 Prozent haben?

Damit liegt Oberfranken zwar über der bayerischen Quote von 3,5 Prozent, aber auch deutlich unter dem Bund mit 6,3 Prozent.

Die Zahl der Beschäftigten steigt zwar schwächer als im bayerischen Durchschnitt, aber sie steigt.

Das Frühjahr war überdurchschnittlich gut.

Viele Unternehmen haben aufgrund der guten Auftragslage geplante Neueinstellungen vorgezogen.

Erfolgsgarant für Wachstum und Wohlstand:
Unsere starke Industrie – ihr Anteil ist in Oberfranken etwas stärker als im Rest Bayerns.

Alles in allem: Eine solide Entwicklung.

Anlass zur Euphorie gibt es aber keinen.

Die Grundlagen für unseren Erfolg werden brüchiger.

Das hat zwei Ursachen:

Zum einen: Die entscheidende Konjunkturimpulse kommen von externen Faktoren, die wir nicht beeinflussen können: Gesunkener Ölpreis, billiger Euro, niedrige Zinsen. Das kann sehr schnell umschlagen!

Und zum anderen spielt die Musik für die bayerischen Industrieunternehmen mehr und mehr im Ausland.

Eine aktuelle Studie der vbw weist nach:

Der Bestand an Direktinvestitionen im Ausland hat sich zwischen 1995 und 2012 fast versechsfacht!

Das Bruttoanlagevermögen in Bayern stieg im selben Zeitraum dagegen nur um 23 Prozent an.

Und seit 2010 stagnieren die Inlandsinvestitionen mehr oder weniger. Ein beunruhigender Befund!

In einer vbw Umfrage vom Herbst 2014 nennen unsere Mitglieder vor allem fünf Gründe, warum sie sich im Inland zurückhalten:

- hohe Regulierung,
- hohe Arbeitskosten,
- wirtschaftliche Unsicherheit,

- schwache Entwicklung in Europa
- und hohe Energiekosten.

Bei keinem dieser Faktoren hat sich im letzten halben Jahr etwas verbessert. Im Gegenteil.

Die Große Koalition hat bald Halbzeit.

Wir haben viel Sozialpolitik erlebt – und damit steigende Kosten für uns und die nachfolgende Generation.

Nicht zu vergessen, dass Maßnahmen wie die Rente mit 63 die Notwendigkeiten der demografischen Entwicklung konterkarieren und den Fachkräftemangel noch zusätzlich verstärken.

Die Zeichen stehen auf Umverteilung.

Das fällt weniger auf, wenn die Wirtschaft brummt, die Steuereinnahmen sprudeln und deshalb genug Geld zum Umverteilen da ist – so wie jetzt.

Doch unser Erfolg ist kein Selbstläufer.

Wir brauchen endlich eine Wirtschaftspolitik, die auf langfristiges Wachstum setzt, langfristige

Trends aufgreift – und ein innovationsfreundliches Klima schafft.

Das vermissen wir größtenteils.

Was aus unserer Sicht wichtig ist, stellen wir mit unserer Agenda 2020 dar, die den meisten von Ihnen ein Begriff ist, hoffe ich.

Und Anfang Juli erscheint die Leitstudie unseres Zukunftsrats der Bayerischen Wirtschaft, den unser Präsident ins Leben gerufen hat und bei dem wir Entscheidungsträger aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft an einen Tisch holen.

Beim Zukunftsrat analysieren wir die wichtigsten Trends der kommenden Jahre. Und wir geben Handlungsempfehlungen, was jetzt angepackt werden muss, damit Bayern seinen Erfolg halten und ausbauen kann.

Das sind die großen Linien unserer Arbeit. Doch es gibt auch vieles, was uns im tagesaktuellen Geschäft unter den Nägeln brennt.

Energiepolitik

Fangen wir mit der Energie an:

Fakt ist: Industriestrom ist nach Zypern, Malta und Italien bei uns am teuersten.

Die EEG-Reform vom Sommer 2014 konnte den Anstieg der Kosten lediglich abschwächen. Aber sie steigen weiter!

Als schnell wirkende Maßnahme fordern wir die Streichung bzw. Absenkung der Stromsteuer.

Eine Alternative wäre die Einführung eines Fonds, um die EEG-Belastung zeitlich zu strecken. Das sagen wir seit langem.

Ein schwerer Fehler war es, auch die Eigenstromerzeugung zur EEG-Umlage heranzuziehen.

Damit werden Unternehmen finanzielle Hürden in den Weg gestellt – obwohl sie eigentlich bereit sind, zur Versorgungssicherheit beizutragen.

Zugesagt war ja, dass die neuen Belastungen durch eine verstärkte Förderung über das KWK-Gesetz abgedeckt werden.

Und jetzt will das Bundeswirtschaftsministerium genau hier kürzen!

Auch die Pläne der Bundesregierung, eine Klimaschutzabgabe für ältere Kraftwerke zu erheben, sind eine weitere Hypothek für unseren Standort.

Dass sich dagegen bei der steuerlichen Förderung der energetischen Gebäudesanierung immer noch nichts tut, zeigt: Ein Fahrplan für die Energiewende fehlt.

Dabei liegen die Entscheidungsgrundlagen längst auf dem Tisch.

Meine Damen und Herren,

Eine Umfrage, die wir zum Jahreswechsel 2014/15 unter unseren Mitgliedern durchgeführt haben, zeigt:

- Weder extreme Preisspitzen bei Engpässen,
- noch ein Verzicht auf Stromlieferungen zu bestimmten Zeiten, auch wenn dafür eine Entschädigung gezahlt wird,

kommen als Alternativen in Frage.

Die durchgehend sichere und bezahlbare Versorgung hat oberste Priorität!

Niemand kann es mehr ernsthaft bestreiten: Wir brauchen einen verstärkten Stromaustausch, vor allem von Nord nach Süd.

Bestehende Trassen müssen umgerüstet werden. Und es muss mindestens eine neue Stromtrasse gebaut werden.

Das hat sich auch beim Energiedialog der Staatsregierung herauskristallisiert.

- Welche Leitungen ertüchtigt bzw. neu gebaut werden müssen,
- wie sie gestaltet werden,
- wo sie verlaufen sollen
- und wann sie fertig gestellt sein müssen,

das sind technische und politische Entscheidungen.

Wichtig ist nur, dass die Entscheidung jetzt fällt!

Und das muss dann auch den Bürgerinnen und Bürgern so vermittelt werden.

Jeder Monat, in dem das Zaudern und Zögern weitergeht, ist ein verlorener Monat.

Mindestlohn, Werk- und Zeitverträge

Nächster Punkt: Arbeitsrecht.

Da ist der Regulierungsdrang ja besonders groß.

Unser „liebstes Kind“: Der Mindestlohn. Falsch ist und bleibt er.

Jetzt müssen wenigstens die bürokratischen Auswüchse eingedämmt werden.

Unsere Änderungsvorschläge kennen Sie:

Erstens. Die Aufzeichnungspflicht von Beginn, Ende und Dauer der täglichen Arbeitszeit von geringfügig Beschäftigten muss abgeschafft werden, da sie den tatsächlich erzielten Stundenlohn völlig außer Acht lässt.

Es ist nicht einzusehen, warum hier gemauert wird.

Zweitens. Arbeitsverhältnisse, bei denen der Mindestlohn aufgrund der Entgelthöhe keine Rolle spielt, müssen von der Aufzeichnungspflicht vollständig befreit sein.

Deshalb: Verdienstgrenze von 2.900 auf 2.300 Euro absenken. Es freut uns, dass sich diese Einsicht mittlerweile mehr und mehr durchsetzt.

Drittens. Die wahrscheinlich größte Bürokratiewelle aber entsteht durch die Nachunternehmerhaftung.

Wenn man sie schon nicht komplett abschafft, brauchen die Unternehmen zumindest eine Exkulpationsmöglichkeit – das heißt, dass sie straffrei sind, wenn ein Nachunternehmer sich nicht an die Mindestlohnpflicht hält oder falsche Angaben macht.

Die Bundeskanzlerin hat ihre Bereitschaft dazu signalisiert.

Jetzt muss der Weg frei gemacht werden für eine gesetzliche Änderung!

Keinen Änderungsbedarf sehen wir dagegen bei Zeitarbeit und Werkverträgen.

Sie sind wesentlicher Bestandteil der Wertschöpfungsketten – und werden im Zeitalter der Digitalisierung immer wichtiger.

Das hat gar nichts mit den Löhnen zu tun. Sondern es hat in erster Linie damit zu tun, dass die Anbieter von Leistungen im IT-Bereich hoch

spezialisiert sind und für verschiedenste Kunden tätig sein wollen.

Oder aber es stehen nicht genügend spezialisierte Fachkräfte für bestimmte Projekte zur Verfügung, so dass die Betriebe auf externe Spezialisten zurückgreifen müssen.

Die unternehmerische Flexibilität muss erhalten bleiben!

Das heißt konkret:

- Zeitarbeit muss Sache der Tarifpartner bleiben.
- Die Höchstüberlassungsdauer muss immer arbeitnehmerbezogen betrachtet werden, nicht arbeitsplatzbezogen.
- Und bei den Werkverträgen können wir über Verbesserungen hinsichtlich Auskunftspflicht oder Klarstellungen reden, etwa was die Abgrenzung zur Zeitarbeit angeht.

Erbschaftsteuerreform

Reden sollten wir auch dringend in Sachen Erbschaftsteuer-Reform.

Jedes Jahr werden rund 5.000 Familienunternehmen in Bayern an die nächste Generation übergeben. Daran hängen über 60.000 Arbeitsplätze – pro Jahr!

Und was man nicht vergessen sollte:

Zusammen mit ihren Arbeitnehmern stehen die Familienunternehmen für ein hohes Steueraufkommen.

Das Bundesfinanzministerium hat Anfang Juni einen Referentenentwurf zur Reform der Erbschaftsteuer vorgelegt.

Die gute Nachricht dazu ist: Langsam geht das Ministerium auf die Lage in den Familienunternehmen ein.

Die schlechte Nachricht: Es geht nicht angemessen damit um.

Für ein Konzept, das die Zukunft unserer Familienunternehmen ausreichend sichert, sind erhebliche Korrekturen notwendig.

Das Bundesfinanzministerium will das begünstigungsfähige Betriebsvermögen positiv bestimmen, nicht wie bisher durch die Abgrenzung von Verwaltungsvermögen.

Wie das im Einzelnen geht, lässt der Entwurf offen.

Ob sich dieser Ansatz für die Praxis eignet – das können wir zu diesem Zeitpunkt nicht absehen.

Erben von Betriebsvermögen über 20 Mio. Euro sollen zwischen zwei Optionen wählen können:

Entweder, sie zahlen die fällige Erbschaftsteuer sofort, dazu soll auch auf das Privatvermögen zugegriffen werden.

Der Erbe soll also sein vorhandenes verfügbares Vermögen aufgeben, weil er betrieblich gebundenes, also nicht privat verfügbares Vermögen erbt.

Logisch und verhältnismäßig ist das nicht, ganz und gar nicht!

Die Alternative: Die Erben versteuern das Betriebsvermögen zu einem Satz, der mit der Höhe der Erbschaft allmählich verloren geht.

Die sofort fällige Steuer würde damit steigen – ausgehend von Null bei einem Betriebsvermögen von 20 Millionen Euro, auf mindestens 18 Prozent bei einem Betriebsvermögen von 110 Millionen Euro.

Diese Schwellenwerte sind nicht akzeptabel.

Und der Umgang mit Familienunternehmen ist geradezu absurd: Bei ihnen sollen Erbschaften bis 40 Millionen Euro voll begünstigungsfähig sein. Das hilft aber niemandem.

Denn Auflage ist unter anderem, dass 40 Jahre lang Gewinnausschüttungen nahezu vollständig ausgeschlossen bleiben.

Nicht anerkannt wird, wenn Familien-gesellschafter nur entfernt verwandt sind. Beides ist wirklichkeitsfremd und muss korrigiert werden.

Anfang Juli soll der vorliegende Gesetzesentwurf ins Kabinett.

Wir machen massiv unsere Position deutlich.

Das betrifft vor allem zwei Punkte:

Erstens. Für die Steuer auf betrieblich gebundenes Vermögen fordern wir deutlich

bessere Stundungsmöglichkeiten. Zudem muss ererbtes Geld erbschaftsteuerfrei bleiben, wenn es der Erbe in das Unternehmen investiert.

Zweitens. Um die Flexibilität kleiner Unternehmen zu bewahren, müssen Unternehmen mit bis zu zehn Beschäftigten von der Lohnsummenauflage ausgenommen werden. Für Unternehmen mit bis zu 20 Mitarbeitern ist eine erleichterte Auflage notwendig.

Und eines ist ja klar: Wer die Auflagen zum Erhalt von Betrieb und Arbeitsplätzen nicht einhält, zahlt die Steuer nach.

Dankbar sind wir der Staatsregierung, dass sie unsere Bedenken teilt und das auch in Berlin klar und deutlich sagt.

Infrastruktur und Fachkräftesicherung

Klar und deutlich fallen auch die Weichenstellungen der Bundes- und der Staatsregierung in Sachen Infrastruktur aus.

Die Infrastrukturabgabe unseres Bundesverkehrsministers haben wir immer unterstützt: Der große Investitionsbedarf auf unseren Straßen lässt gar nichts anderes zu.

Und ich sage deutlich: Wenn Brüssel jetzt eine andere Ausgestaltung der Maut vorgeben sollte, dann werden wir auch diese mittragen.

Hauptsache, sie kommt!

Die klare Linie der Bundesregierung beim Infrastrukturausbau kommt ja auch den einzelnen Regionen zugute.

Das gilt besonders, wenn sie wie Oberfranken ländlicher geprägt sind, und deshalb weitere Wege zurückgelegt werden müssen.

Die Infrastruktur Oberfrankens ist gut, das bestätigt auch unsere gleichnamige vbw Studie.

Aber wer aufhört, besser zu werden, hört auf, gut zu sein.

Oberfranken muss deshalb auch künftig eng in nationale und internationale Verkehrsnetze eingebunden sein.

Besonders wichtig sind folgende Projekte:

- der Ausbau der B173,
- die Elektrifizierung der Franken-Sachsen-Magistrale
- und der Ausbau der Bahnstrecke Nürnberg-Marktredwitz-Prag.

Die Erreichbarkeit von Arbeitsplätzen und Bildungsangeboten, auch von entlegeneren Gebieten aus, muss gewährleistet sein.

Dazu gehören leistungsfähige regionale Verkehrsnetze mit einem besseren Verbindungsnetz der Verkehrsräume Bamberg, Coburg und Bayreuth mit der Metropolregion Nürnberg, aber auch der Regionen Hof und Wunsiedel mit Regensburg.

Da gibt es noch viel zu tun!

Schnelles Internet ist mittlerweile eine Grundvoraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung, und daran wollen und müssen selbstverständlich auch die Gewerbestandorte auf dem Land teilhaben.

Die Breitbandinitiative der Staatsregierung hat einen regelrechten Ausbauboom ausgelöst.

Mit dem neuen, verbesserten Breitband-Förderprogramm werden wir besonders dann erfolgreich sein, wenn der Ausbau

- interkommunal
- und mit der regionalen Wirtschaft abgestimmt wird.

Laut einer aktuellen vbw Umfrage sind zwei Drittel der Unternehmen in Bayern mit der Breitbandversorgung unzufrieden. Da macht Oberfranken keine Ausnahme.

50 Mbit/s sind für Haushalte hervorragend. Für Unternehmen steigen die Datenmengen Monat für Monat. An Bandbreiten von 100 Mbit/s führt mittelfristig kein Weg vorbei! Da müssen wir hin.

Doch Infrastruktur ist mehr als Straße und Internet.

Auffällig ist, dass Unternehmen immer stärker das Thema Gesundheit und medizinische Betreuung als Standortfaktor nennen.

Die Gesundheitswirtschaft ist ein wichtiger Wirtschaftszweig Oberfrankens, der noch besser vermarktet werden kann.

Der Schlüssel dafür liegt in stärkerer Vernetzung und Zusammenarbeit zwischen unterschiedlichen Anbietern von Gesundheitsdienstleistungen.

Darüber hinaus muss mit medizinischen Zentren, Ärztehäusern und anderem die Versorgung im ländlichen Raum gesichert werden.

Das Problem Fachkräftesicherung ist schon angeklungen.

Schon heute kommen auf jeden Auszubildenden in Oberfranken gut eineinhalb Ausbildungsplätze. Gut für die jungen Leute – für die Unternehmen zunehmend schwierig.

Wir haben vor kurzem das Update unserer Studie zur Fachkräftesicherung, die „Arbeitslandschaft 2040“ vorgestellt.

Einen kleinen Erfolg gibt es: Der Anstieg ist erstmal getoppt.

Die Fachkräftelücke wird bis 2020 nur geringfügig größer.

Deutschlandweit werden dann 1,8 Millionen Fachkräfte fehlen, in Bayern 230.000.

Und auf lange Sicht, bis 2040, werden in Bayern dann gut doppelt so viele Fachkräfte fehlen, 560.000. (Im Bund werden gut 4 Millionen prognostiziert.)

Das zeigt: Wir dürfen nicht nachlassen in unseren Bemühungen zur Fachkräftesicherung.

Wir müssen alle Potenziale heben, natürlich zuerst im Inland.

Dazu gehören:

- Erwerbsbeteiligung steigern, gerade von Frauen,

- Wochen- und Lebensarbeitszeit verlängern
– darum ist die Rente mit 63 ja so
kontraproduktiv –,
- Beschäftigungschancen für
Geringqualifizierte erhöhen,
- Und natürlich: Bildungsqualität erhalten und
ausbauen – und zwar nicht irgendwo,
sondern vor Ort.

Dazu setzen wir bei der Bildungsinfrastruktur drei
Schwerpunkte, die für ganz Bayern gelten:

- Schulstandorte wohnort-nah halten,
rhythmisierete Ganztagesangebote ausbauen
- Berufsschulstandorte sichern
- neue berufsbegleitende Studienangebote
speziell in den MINT-Fächern entwickeln.

Hier hat sich viel getan – ich denke zum Beispiel
an die Hochschulstandorte Bamberg und
Bayreuth.

Aber unsere Studie zeigt auch: Das inländische
Potenzial zu aktivieren, wird nicht ausreichen, um
die Fachkräftelücke zu schließen.

Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die Anwerbung von Fachkräften rechtlich auf ordentlichen Füßen steht.

Dafür brauchen wir kein neues Zuwanderungsgesetz, sondern eine bessere und vor allem einheitliche Umsetzung der bereits bestehenden Vorschriften.

Und wir müssen diejenigen, die als Flüchtlinge zu uns kommen, schnellstmöglich in Arbeit bringen. Grundvoraussetzung ist natürlich das Erlernen der deutschen Sprache.

Das ist nicht nur eine Aufgabe für die Ballungszentren, sondern für ganz Bayern!

Wir als Verbände stellen uns der Verantwortung und legen dazu zwei Projekte auf:

Eines für Asylbewerber an der Berufsschule, eines für bereits ausgebildete Asylbewerber.

Wir hoffen, dass diese Beispiele Schule machen.

Schluss

Meine Damen und Herren,

Oberfranken hat in den letzten Jahren eine erstaunliche Aufholjagd hingelegt.

Es ist Teil der bayerischen Erfolgsgeschichte, die wir fortschreiben wollen.

Die Aufgaben sind groß. Was mich jedoch zuversichtlich stimmt, ist zweierlei:

- Zum einen die wirtschaftliche Position, aus der heraus wir jetzt die Weichen für die Zukunft stellen können. Sie ist stark – noch!
- Und zum anderen das gute und konstruktive Verhältnis, das Wirtschaft und Politik bei uns pflegen.

Ich wünsche uns allen einen angenehmen Abend!